



**Caroline Bosbach**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Abgeordnete für den Rheinisch-Bergischen Kreis

24. September 2026

## **Mitgliederbrief zur aktuellen Situation nach den Landtagswahlen im September 2026**

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,**

die vergangenen Wochen haben unserer Partei viel abverlangt. Drei gescheiterte Landtagswahlen, die mit einem niederschmetternden Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern ihren negativen Höhepunkt gefunden haben. Das erste Mal seit der Gründung unserer Partei fliegt die CDU aus einem Landtag. Diese Ergebnisse spüren wir auch zu Hause im Rheinisch-Bergischen Kreis, weil sich viele Menschen zu Recht fragen: Was ist da eigentlich los? Mir ist es ein Anliegen, Ihnen meinen persönlichen Einblick in die aktuelle Situation im Bund zu geben.

Seit vielen Wochen führe ich täglich mit Ihnen und Euch unzählige Telefonate, schreibe Mails, Briefe,Whatsapps und SMS, weil ich so gut verstehen kann, wie viele Fragen ihr habt und Sie haben. Wie viele Fragezeichen und auch Zweifel in dieser Zeit da sind, die auch nicht von heute auf morgen weggehen werden.

**Eines ist ganz klar: Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.**

Jetzt wird viel spekuliert, was zu tun ist. Um in aller Deutlichkeit eines vorwegzunehmen: Von Personaldebatten und Kanzlertausch-Gerüchten halte ich überhaupt nichts. Es wäre zu einfach in so einer Debatte einfach einen Schuldigen finden zu wollen. Die Probleme liegen tiefer. Sie liegen vor allem in einer SPD, vor allem einer Bundesarbeitsministerin, die uns dringend notwendige Reformen massiv erschwert. Dazu kommt ein Bundesfinanzminister, der einen Haushalt vorgelegt hat, der für einen christdemokratischen Ordnungspolitiker eigentlich kaum zustimmungsfähig ist. Statt den Rotstift anzusetzen und zu sparen, wird seit Monaten geguckt, wo man den ohnehin schon gut gefüllten Haushalt noch weiter füllen kann. Alleine deswegen sind sämtliche Steuererhöhungen abzulehnen.

**Die SPD ist unser Koalitionspartner und Kompromisse gehören selbstverständlich dazu. Aber ich setze mich sehr dafür ein, dass unsere CDU-Handschrift viel deutlicher erkennbarer und spürbarer wird, als es in den letzten 1,5 Jahren.**

Die Menschen erwarten völlig zu Recht, dass wir sparen. Wir haben Rekord-Steuereinnahmen und zusätzlich eine massive Neuverschuldungsoffensive im vergangenen Jahr gestartet. Irgendwann muss Schluss sein. Auch deswegen habe ich beispielsweise vehement gegen eine Zuckersteuer gekämpft in Zeiten, wo nicht nur die Lebensmittelpreise für Süßwaren in den vergangenen Jahren um rund 40% verteuert worden sind. Mit so einer Steuer fällt sicher nicht das Wohl und Weh des Landes. Aber es sind in meinen Augen einfach die falschen Debatten, die wir hier führen! Wir haben nämlich kein Einnahme-, sondern ein Ausgabe- problem. Meine Meinung habe ich vor der Fraktionsspitze deutlich zum Ausdruck gebracht, und ich bin mit dieser Meinung nicht alleine.

Wir haben insgesamt zu wenig halten können von dem, was wir versprochen haben. Wir haben im Bundestagswahlkampf alle gesagt: links ist vorbei! Jetzt sehen die Bürger, dass links eben noch nicht vorbei ist. Der Politikwechsel, den viele Menschen von dieser Bundesregierung erwarten, ist noch nicht ausreichend spürbar.

Zu viele Probleme haben sich über Jahre aufgestaut (übrigens nicht nur unter der Ampel, sondern auch unter 16 Jahre unionsgeführter Bundesregierung davor), als dass sie sich jetzt mit einem Beschluss oder einer einzelnen Reform lösen ließen. Umso wichtiger ist, dass wir jetzt zeigen: Wir beschließen nicht nur, wir setzen auch durch. **Entlastungen dürfen nicht durch neue Belastungen an anderen Stellen wieder aufgezehrt werden.** Wer den Mittelstand stärken will, darf ihn nicht gleichzeitig mit mehr Pflichten, höheren Abgaben und neuer Unsicherheit belasten.

Die Zukunft unserer Partei liegt mir, wie auch Ihnen und Euch, sehr am Herzen. Ich sage deutlich, was ich von den aktuellen Entwicklungen halte, weil ich meinen Beitrag dazu leisten möchte, die richtigen Debatten anzustoßen! Schönreden oder die wirklich großen Probleme, die wir haben, zu ignorieren, wird uns auch im Bund nicht weiterbringen. Das ist auch deswegen wichtig, weil all die positiven Aspekte, alles Gute, das wir erreichen, in der allgemeinen Gemengelage kaum noch Berücksichtigung finden: **Diese Woche haben wir zum Beispiel ein Paket gegen Islamismus und eins gegen den grassierenden Sozialleistungsmissbrauch beschlossen; beides sehr wichtige Initiativen für unser gesellschaftliches Zusammenleben.**

**Beides so wichtige Vorhaben haben, deren Auswirkungen natürlich auch zu Hause bei uns im Rheinisch-Bergischen Kreis spürbar werden.**

Kurz vor der Sommerpause haben wir noch einmal wichtige Vorhaben im Parlament zur finalen Abstimmung eingebracht. Dabei ging es unter anderem um Versorgungssicherheit, Entlastungen für Familien, Unterstützung für Länder und Kommunen, verkehrsrechtliche Anpassungen und die Modernisierung des Bundespolizeigesetzes.

Während wir als Union bei Haushalt, Wirtschaft und Sozialstaat um Klarheit und tragfähige Lösungen ringen, liefert die Linkspartei im Wochentakt neue Gründe, warum der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU niemals aufgeweicht werden darf. Wer der CDU faschistische Politik vorwirft, die SED-Vergangenheit verklärt, Stalin, Mao und die DDR verharmlost, darf niemals Partner einer bürgerlichen Partei sein. Dazu passt, dass Parteichefin Ines Schwerdtner Israel einen Genozid in Gaza vorwirft und damit dieselben Töne anschlägt wie Teile ihrer eigenen Parteijugend. Antisemitische Ressentiments, Hamas-Verharmlosung und eine

groteske Geschichtsvergessenheit sind keine linken Folklore-Ausfälle, über die man nach ein paar halbherzigen Entschuldigungen hinwegsehen kann.

All das fügt sich in dieses Bild genauso wie Szenen, wie wir am 20. September auf der Berliner Wahlparty in Neukölln gesehen haben: Linke Politiker Arm in Arm mit einem Clan-Chef der organisierten Kriminalität und Terror-Sympathisanten. Eine untragbare Situation. Auch deshalb muss klar bleiben: Der Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber den Erben der SED und der Mauerschützen darf genauso wenig fallen wie zur AfD.

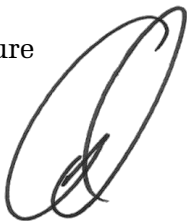
Ich kämpfe dafür, dass wir unsere CDU wieder auf Kurs bekommen und darauf zurückbesinnen, wo wir eigentlich herkommen. Ich setze mich jeden Tag dafür ein, dass wir wieder auf einen ordnungspolitischen Kurs kommen und dass der Koalitionspartner bei all den nötigen Reformen auch endlich mitmacht und Gas gibt. Denn diese Reformen müssen kommen, nachdem in den vergangenen 20 Jahren zu viel verwaltet und zu wenig gestaltet worden ist. Ich mache das auch, weil ich mich an das Aufstiegsversprechen der jungen Generation fest gebunden fühle. „Wohlstand für alle“ wird nur dann möglich, wenn man sämtlichen sozialistischen Bestrebungen eine klare Abfuhr erteilt.

All das mache ich nicht nur in den Ausschussarbeit, sondern vor allem auch mit unseren Parlamentskreis Mittelstand, dessen stellvertretende Vorsitzende ich in Berlin sein darf. **Meine Gedanken sind aber immer zu Hause bei den Menschen, für die ich Politik mache. Ich bin fest überzeugt, dass sich unsere Geschlossenheit lohnt!** Sie ist für mich alternativlos, mehr als je zuvor. Wir sehen doch jeden Tag was passiert, wenn wir es zulassen, dass die politische Mitte zerrieben wird.

Für Sie und Euch bin und bleibe ich immer und über jeden Kanal ansprechbar und erreichbar. Manchmal dauert eine Antwort etwas länger oder ein Telefontermin kann nicht von heute auf morgen vergeben werden, aber meine Priorität ist klar: Sie ist und bleibt der Rheinisch-Bergische Kreis.

Mit den besten Grüßen

Ihre/Eure

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'C' with a smaller 'B' integrated into it.

Caroline Bosbach MdB